



Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Fuhrgewerbe-Innung unterstützt die Forderung des BVMW zur Aussetzung der Mauterhöhung bis 2027!

(Berlin, 10.08.2023) Die Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V. unterstützt uneingeschränkt die aktuelle Forderung des Bundesverbandes mittelständischer Wirtschaft, Unternehmerverband Deutschlands e. V. (BVMW). Der BVMW fordert in seiner Pressemitteilung vom 09.08.2023 die Aussetzung der geplanten Mauterhöhung bis zum Jahr 2027, um die sich abzeichnenden schwerwiegenden Belastungen für die Transport- und Logistikbranche zu verhindern.

Die Bundesregierung beabsichtigt, bis Ende 2023 den CO₂-Zuschlag auf die Lkw-Maut nahezu zu verdoppeln, und dies soll zusätzlich zu dem bereits bestehenden CO₂-Zuschlag auf Dieselkraftstoff erfolgen. Diese doppelte finanzielle Belastung in Kombination mit den derzeitigen Energiepreiserhöhungen führt zu erheblichen Kostensteigerungen für Logistikunternehmen. Die daraus resultierenden finanziellen Hürden gefährden dabei nicht nur die Existenz vieler Unternehmen, sondern vernichten auch eine große Anzahl von Arbeitsplätzen. Der Vorsitzende der Bundesgeschäftsführung des BVMW, Christoph Ahlhaus, betonte, dass die gestiegenen Logistikkosten aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten, diese vollständig an die Kunden weiterzugeben, zu einer inflationären Entwicklung und wirtschaftlichen Unsicherheiten führen könnten.

Die Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V. teilte die Bedenken des BVMW und schließt uneingeschränkt der Forderung nach einer Aussetzung der Mauterhöhung bis zum Jahr 2027 an. Eine solche Maßnahme würde nicht nur die existenzielle Bedrohung der Transport- und Logistikunternehmen mildern, sondern auch einen positiven Beitrag zur Gesamtwirtschaft leisten.

Eine nachhaltige und ausgewogene Politik ist von entscheidender Bedeutung, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Logistikbranche zu erhalten und die in diesem Sektor bestehenden Arbeitsplätze zu sichern. Daher appellieren wir an die Bundesregierung, gemäß den im Koalitionsvertrag vereinbarten Zielen, Lösungen zu finden, um die zusätzliche Belastung durch CO₂-Zuschläge auf Maut und Diesel zu vermeiden.



Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Der Vorsitzende der BVMW-Kommission für Logistik und Mobilität, Roger Heidmann äußerte sich zur aktuellen Situation wie folgt: *„Eine Mauterhöhung würde sich eher auf die Konsolidierung des Bundeshaushaltes auswirken, anstatt die dringend benötigte Verkehrsinfrastruktur zu unterstützen.“* Heidmann betonte die Notwendigkeit, praktische Lenkungseffekte zu schaffen, die nicht nur kurzfristige Finanzziele, sondern auch langfristige Investitionen in die Transport- und Logistikbranche berücksichtigen.

Unser Appell richtet sich an die politischen Entscheidungsträger, die Belange der Transport- und Logistikunternehmen zu berücksichtigen und Lösungen zu finden, die nicht nur die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen sichern, sondern auch zur Gesundheit der gesamten Wirtschaft beitragen.

Die Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V., gegründet 1887, ist Deutschlands zweitältester aktiver Unternehmerverband der Verkehrswirtschaft und betreut in Berlin und Brandenburg rund 500 mittelständische Güterkraftverkehrs-, Omnibus-, Mietwagen- und Krankentransportunternehmen.

Verantwortlich: Gerd Bretschneider
Telefon: 030 – 251 06 91
Fax: 030 – 251 06 93
e-Mail: info@fuhrgewerbe-innung.de
Internet: www.fuhrgewerbe-innung.de

Nr. 61

Logistik & Mobilität

09. August 2023

Der Mittelstand. BVMW fordert Aussetzung einer Mauterhöhung bis 2027

Berlin – Der Mittelstand. BVMW fordert die Aussetzung der Mauterhöhung bis 2027, um die Belastungen der Transport- und Logistikbranche nicht weiter zu erhöhen. Für Ende 2023 plant die Bundesregierung mit einem CO₂-Zuschlag die LKW-Maut nahezu zu verdoppeln. Dazu kommt der bereits bestehende CO₂-Zuschlag auf Diesel. „Diese zusätzliche Doppelbelastung wirkt für Logistikunternehmen, ihre Kunden und Konsumenten, wie die aktuellen Energiepreissteigerung, kostenseigernd, existenzgefährdend und zudem gesamtwirtschaftlich inflationstreibend. Dadurch werden Unternehmen und Arbeitsplätze gefährdet, da die höheren Preise für Logistikdienstleistungen nicht im vollen Umfang weitergegeben werden können“, sagt Christoph Ahlhaus, Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung des BVMW.

Im Koalitionsvertrag war noch vereinbart worden, die Doppelbelastung aus CO₂-Zuschlag auf die Maut und CO₂ Zuschlag auf Diesel zu vermeiden. Leider liegen hierzu keine Lösungsansätze vor. Mit der LKW-Maut sollte im Jahr 2005 eine Nutzerfinanzierung der Bundesverkehrswege eingeführt werden. Der Gedanke „Straße finanziert Straße“ sollte die Verkehrsinfrastruktur fördern und durch Mautverzicht bei schadstoffarmen LKWs deren Anzahl zunehmen. Aufgrund des geringen Angebots schadstoffarmer LKWs blieb dieser gewünschte Effekt jedoch aus.

Der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sollte weiterhin im Vordergrund stehen. Dies ist jedoch nicht gelungen und so warten unzählige Transporteure auf den Ersatz maroder Autobahnbrücken. Die zusätzlichen Einnahmen sollen nun in die Schiene fließen, statt in den Erhalt der Autobahninfrastruktur. „Eine praxisnahe Lenkungswirkung ist nicht erkennbar. Eher scheint es so, dass Bahn und LKW gegeneinander ausgespielt werden, statt die jeweiligen Stärken zu fördern“, so Roger Heidmann, Vorsitzender der BVMW Kommission Logistik und Mobilität. „Im Moment wird eine Mauterhöhung wohl eher den Bundeshaushalt sanieren, statt die Verkehrsinfrastruktur“, so Heidmann.

Ab 2027 wird der Zertifikatehandel für den Straßenverkehr europaweit eingeführt und kann nach einer Übergangsfrist als Steuerungsinstrument für die Gesamtlogistik genutzt werden und den Transport entlasten. Hinzu kommt die Forderungen aus der breiten Masse der Logistikunternehmen, flächendeckend synthetische oder biogene Kraftstoffe HVO 100 (Biodiesel) zu zulassen und damit die Zeit zu überbrücken bis emissionsfreie Antriebe im schweren Fernverkehr standardmäßig verfügbar sind. In der aktuellen konjunkturellen Lage hingegen wäre eine Erhöhung der Maut ein weiterer herber Schlag für die bereits stark angespannte Lage der mittelständischen Logistiker. Es braucht deswegen vor allem Entlastungen im bürokratischen Bereich. Weitere Belastungen der Branche sind daher abzulehnen.

Über den Verband

Der Mittelstand. BVMW e.V. ist die größte, politisch unabhängige und branchenübergreifende Interessenvereinigung des deutschen Mittelstands. Im Rahmen der Mittelstandsallianz vertritt der Verband mehr als 30 mittelständisch geprägte Verbände mit insgesamt 900.000 Mitgliedern.

Weitere Informationen unter: www.bvmw.de

Der BVMW. Gemeinsam für einen starken Mittelstand.

Der Mittelstand. BVMW e. V. • Bundeszentrale • Leiter Presse und Kommunikation: Lutz Kordges • Potsdamer Straße 7 • 10785 Berlin
Telefon: 030 533206-302 • presse@bvmw.de • www.bvmw.de